

Die anderen 68-er

Von der Protestbewegung zur Menschenrechtsorganisation 40 Jahre Gesellschaft für bedrohte Völker

„Als wir mit 50 Studentinnen und Studenten das britische Generalkonsulat an der Alster besetzten, schockierte das den Botschafter Großbritanniens mehr als das Sterben im Hungerkessel von Biafra“, erinnert sich Tilman Zülch an eine seiner ersten provokanten Menschenrechtsaktionen in Hamburg. In Biafra verhungerten im Juni 1968 täglich rund 10.000 Kinder, kranke und alte Menschen. Die durch britische und sowjetische Waffenlieferungen hochgerüstete nigerianische Armee hatte die kleine, nach Unabhängigkeit strebende Republik von der Außenwelt abgeschnitten, bombardiert Städte, Dörfer, Krankenhäuser, Schulen und Flüchtlingslager. Hunger wurde als Waffe eingesetzt, und Europa schaute entsetzt auf das Massensterben. Doch politische Initiativen, diesem Genozid Einhalt zu gebieten, gab es nicht. Deshalb gründete Zülch, Student der Volkswirtschaft und Politik, gemeinsam mit dem Medizinstudenten Klaus Guercke vor 40 Jahren die „Aktion Biafra-Hilfe“, nicht wissend, dass sie damit die Basis für eine internationale Menschenrechtsorganisation legten.

„A wie Auschwitz – B wie Biafra“

Der sozialistische Hochschulbund SDS erklärte Biafra zum „Nebenwiderspruch“ und engagierte sich nicht. Doch schnell schlossen sich Menschen aus ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Kreisen wie Pastoren, Ärzte, Arbeiter, Angestellte und Studenten der „Aktion Biafra-Hilfe“ an. Der Zorn der engagierten Menschenrechtler über die Tatenlosigkeit der internationalen Gemeinschaft entlud sich in drastisch-aufrüttelnden Zeitungsanzeigen, auf Plakaten mit anklagenden Slogans wie „A wie Auschwitz – B wie Biafra“ oder in scharf formulierten Appellen, denen namhafte Persönlichkeiten wie Ernst Bloch, Paul Celan, Günter Grass, Helmut Gollwitzer, Robert Jungk, Erich Kästner, Golo Mann, Marcel Reich-Ranicki, die Bischöfe Kurt Scharf und Heinrich Tenhumberg, Martin Walser oder Carl Zuckmayer als Unterzeichner Gewicht gaben.

Bundesweit rief die Aktion Biafra-Hilfe zu Sammelaktionen für die Kirchen auf, die angesichts des Elends der zwölf Millionen eingekesselten große Risikobereitschaft bewiesen. Um Leben zu retten, ließen sie mit so genannten „Stockfischbomben“ humanitäre Hilfe nach Biafra fliegen. So wurden zwar Hunderttausende vor dem Hungertod bewahrt. Doch zwei Millionen Ibo kostete der Genozid das Leben.

Nach dem Zusammenbruch Biafras 1970 forderte Heinrich Böll im Gespräch mit Zülch und seiner Frau Ines erschüttert, Auschwitz dürfe nicht zur Bremse, sondern müsse zum Anlass für Brüderlichkeit werden. Damit bestärkte er den Entschluss der

Menschenrechtler, die Aktion Biafra-Hilfe als Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) weiterzuführen. Sie hat sich das „Vermächtnis der Opfer von gestern“ auf die Fahnen geschrieben: Einsatz für die Opfer von heute. Als internationale Menschenrechtsorganisation mit Sektionen und Repräsentanten in der Schweiz, Österreich, Luxemburg, Italien (Südtirol), Bosnien-Herzegowina, Chile, Irakisch-Kurdistan, den Niederlanden, Großbritannien und den USA feiert die GfbV in diesen Tagen ihr 40-jähriges Bestehen.

Seit 40 Jahren: Kampf gegen Genozid

Es gibt kaum ein Land der Welt, in dessen Politik sich die GfbV in den vergangenen vier Jahrzehnten nicht freundlich bittend, unmissverständlich fordernd oder hartnäckig anklagend eingemischt hat. Als einzige Menschenrechtsorganisation im deutschsprachigen Raum setzt sie sich für ethnische, religiöse und sprachliche Minderheiten, Ureinwohnergemeinschaften und Nationalitäten ein und wendet sich entschieden gegen jede kulturelle, religiöse, ethnische oder rassische Unterdrückung. Oberste Priorität hat immer das Engagement gegen Völkermord und Vertreibung. Denn trotz der nach dem Holocaust von der UN-Generalversammlung vor 60 Jahren am 9. Dezember 1948 verabschiedeten Konvention zur Verhütung und Bestrafung von Völkermord reißt die Kette der Genozide nicht ab.

Die Vernichtung der Juden, Sinti und Roma in den Gaskammern der Nationalsozialisten war nicht der erste Genozid im vergangenen Jahrhundert. Schon 1915/16 wurden die christlichen Armeniern und Assyrer in der Türkei Opfer von Völkermord. Hunderttausende Angehörige der Kaukasusvölker, Krimtataren und Wolgadeutschen starben durch die kollektive Deportation unter Stalin. In Südamerika, in Asien, im Nahen Osten und auf dem afrikanischen Kontinent wurde an Amazonas- und Maya-Indianern, Biafranern, Chittagong-Bergvölkern, Bengalen, Tibetern, Kurden, Eritreern, Südsudanesen, Nuba, Afghanen, Papua und Osttimoresen, Hutu, Tutsi und Darfuris Völkermord begangen. In Europa wurde Genozid 1991 – in Ostslawonien, Bosnien und Tschetschenien – wieder bittere Realität.

Menschenrechtsarbeit mit Zivilcourage

Telefonate, Briefe, E-Mail-, Postkarten- und Web-Aktionen, Demonstrationen, Mahnwachen, Presseerklärungen, Interviews und Vorträge, aber auch Web-Aktivismus – das sind die Mittel der GfbV, um Menschenrechte einzufordern oder zu verteidigen. Wie wirksam diese „Waffen“ sind, offenbaren aufgeregte Reaktionen von Tätern oder ihren Helfershelfern, die plötzlich entlarvt im Licht der Öffentlichkeit stehen. So wurde die GfbV 1987 vom Bonner Landgericht zu zweimal 500.000 DM Strafe verurteilt, sollte sie die hessischen Unternehmen Karl Kolb und Pilot Plant weiterhin beschuldigen, sie hätten sich am Aufbau der irakischen Giftgasindustrie beteiligt. Die Vorwürfe ließen sich jedoch auch ohne Worte formulieren: Bewehrt mit Gasmasken und lebensgroßen Fotos der kurdischen Giftgasopfer von Halabja umwölkten GfbV-Aktivistinnen die Firmengebäude symbolisch mit Theaternebel. Tags darauf nahm die Staatsanwaltschaft Ermittlungen gegen die Unternehmen auf.

Das GfbV-Aktionsteam braucht Zivilcourage, um aufzurütteln oder Vergehen aufzudecken wie 1990 während des zweiten Golfkrieges. Damals entlarvten Zülch und seine Mitarbeiter den deutschen Rüstungskonzern MBB, der das

Waffenembargo gegen den Irak ignorierte. Sie drangen in eine Halle des Unternehmens ein und öffneten vor laufenden Fernsehkameras Kisten mit Ersatzteilen für Kampfhubschrauber, adressiert an die Armee Saddam Husseins. Viel Aufmerksamkeit erweckte auch die Errichtung einer tschetschenischen Botschaft in Bonn 1995, mit der die GfbV gegen den russischen Angriffskrieg protestierte. Ein Jahr später verhüllten GfbV-Aktivistinnen vor den Augen verdutzter Ordnungshüter blitzschnell einen sowjetischen Panzer am sowjetischen Ehrenmal in Berlin mit einem schwarzen Trauertuch im Gedenken an die Toten in Tschetschenien.

Auch mit friedlichen Störaktionen zum Beispiel auf dem Kirchentag, die Beifall und viel Sympathie fanden, machte die GfbV mehrfach die Verfolgung religiöser Minderheiten und Nationalitäten zum Thema wie zuletzt 2007 die kritische Lage der assyrisch-chaldäischen Christen im Irak. Zu Hunderttausenden müssen sie vor dem systematischen Terror radikaler Islamisten fliehen, und Europa zögert bis heute, diesen Flüchtlingen eine helfende Hand entgegenzustrecken.

Auf keinem Auge blind

Oft genug musste die GfbV gegen den Strom schwimmen und trotz scharfer Kritik Rückgrat beweisen. Ein Beispiel dafür ist der Bosnienkrieg. Nachrichten über die Einrichtung von Konzentrations- und Vergewaltigungslagern, Massaker und Deportationen, Abriegelung und Dauerbeschuss ganzer Städte reichten vielen Politikern und auch Medien jahrelang nicht aus, diesen Krieg im Herzen Europas als Genozid zu brandmarken. Die GfbV jedoch sah die Kriterien der UN-Völkermordkonvention schon früh als erfüllt an, veröffentlichte als erste Organisation eine umfangreiche Dokumentation der Verbrechen serbischer Truppen, brachte das Leiden der Zivilbevölkerung über Live-Schaltungen mit Radioamateuren in den eingekesselten Enklaven in die Medien, organisierte Menschenketten, Mahnwachen, Podiumsdiskussionen und spektakuläre Aktionen gegen diesen Völkermord.

Für die vielen Toten in Bosnien errichteten GfbV-Mitarbeiter gemeinsam mit bosnischen Flüchtlingen einen symbolischen Friedhof in den Rheinauen der alten Bundeshauptstadt Bonn mit Hunderten von Holzkreuzen und muslimischen Grabstelen. Dort organisierte die Menschenrechtsorganisation 1994 auch die größte Anti-Völkermorddemonstration für Bosnien außerhalb Sarajevos mit 30.000 Teilnehmern. Bei den Leitern von KZ-Gedenkstätten wie Buchenwald, Dachau oder Sachsenhausen weckte sie Verständnis und Unterstützung für die Opfer dieses aktuellen Genozids. Im Juli 1995, wenige Tage nach dem Massenmord in Srebrenica, kamen mehr als 150 Wissenschaftler, Militärs und Augenzeugen aus dem eingekesselten Sarajevo und aus vier Kontinenten zu einem internationalen GfbV-Genozid-Kongress nach Bonn, um vor internationalen Medien über die Verbrechen in ihrem Land zu berichten. Unkenntlich hinter einer Schattenwand sagte damals erstmals ein Überlebender aus Srebrenica über die Gräueltaten serbischer Truppen in der ehemaligen UN-Schutzzone aus.

Trotzdem verteidigten nicht wenige linke Intellektuelle das serbische Vorgehen allein deshalb, weil Serbien Opfer Nazi-Deutschlands war, und kritisierten andere Meinungen als „rechts“. Ihre Stimmen verstummten erst, als das internationale Kriegsverbrechertribunal in Den Haag Jahre später hohe Haftstrafen gegen einige der Täter verhängte und die Massenerschießungen von Srebrenica als Genozidverbrechen definierte. Bereits 1992 hatte die GfbV eine Liste von 25.000

Ermordeten und über 1.100 mutmaßlichen Kriegsverbrechern den Vereinten Nationen in New York überreicht. GfbV hatte sich ihren ideologisch unverstellten Blick bewahrt. Die Vereinten Nationen und auch der Europarat haben diese parteipolitisch unabhängige konsequente Menschenrechtsarbeit anerkannt und der GfbV als Nichtregierungsorganisation beratenden bzw. mitwirkenden Status verliehen. Unvergessen ist die Unterstützung dieser Bosnien-Arbeit durch Christian Schwarz-Schilling, Rita Süßmuth und Simon Wiesenthal, aber auch viele andere.

Von denen niemand spricht

Als ihre besondere Aufgabe hat es die GfbV immer angesehen, sich denen zu widmen, von denen (fast) niemand spricht. Humanitäre Institutionen machte sie auf vergessene Krisenregionen aufmerksam und brachte Hilfe in Gang. So initiierte die GfbV den Wiederaufbau von über 100 Dörfern im kurdischen Barzan-Tal des Irak, in dem Saddam Hussein 8.000 Knaben und Männer ermorden ließ. Auch für die kleine Gruppe der Seenomaden, die nach dem verheerenden Tsunami in Südostasien vor dem Nichts standen, kam auf Initiative der GfbV konkrete Unterstützung. Ungezählte Male verhinderte die GfbV die Deportation politischer Flüchtlinge in Genozid- und Vertreibungsregionen und trug dazu bei, dass Flüchtlingskontingente verfolgter Minderheiten in der Bundesrepublik aufgenommen wurden.

Für Ureinwohner, die indigenen Völker, leistete die GfbV oft Pionierarbeit. Ob ihre Gemeinschaften Unterstützung brauchten, die gegen rücksichtslosen Bodenschatzabbau, zerstörerischen Holzeinschlag, die Errichtung gigantischer Staudämme oder gegen Atomtests auf ihrem Gelände kämpften – die GfbV nahm sich ihrer Sache an. Sie verschaffte diesen indigenen Völkern vor internationalen Gremien Gehör oder alarmierte die Öffentlichkeit. 1977/78 organisierte sie die erste große Veranstaltungsreihe mit indianischen Delegierten aus 16 amerikanischen Staaten in Deutschland und europäischen Nachbarländern. Die Vorträge der Indianer mit flammenden Appellen für den Schutz ihrer Landrechte und die Anerkennung ihrer traditionellen Lebensweise wurden von 26.000 Zuhörern besucht. Die Medien berichteten bundesweit. Das war der Anfang vom Ende der Wildwestromantik.

Um die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf den drohenden Untergang des Yanomami-Volkes im brasilianisch-venezolanischen Grenzgebiet zu lenken, waren halsbrecherische Aktionen nötig: Dafür überquerte Rüdiger Nehberg in den 80-er und 90-er Jahren als GfbV-Aktivist erst in einem Tretboot, dann auf einem Bambusfloß und schließlich auf einem Baumstamm den Atlantik. Die weltweite Berichterstattung bewegte die brasilianische Regierung zu Schutzmaßnahmen, die Invasion illegaler Goldgräber am Amazonas wurde gestoppt und das Überleben der Yanomami gesichert.

„Jetzt kann ich wieder erhobenen Hauptes durch meine Stadt gehen, denn jetzt weiß jeder, warum ich im KZ war: Nicht weil die Sinti und Roma arbeitsscheu waren, wie die Nazis behaupteten, sondern nur weil ich ein Sinto bin“, bedankte sich Häschen Braun (Häschen, sic!) aus Nürnberg bei Zülch. Jahrelang hatte sich die GfbV für diese diskriminierte Volksgruppe eingesetzt, Vorurteile bekämpft und Bündnispartner gesucht. Die Anerkennung des Völkermordes an den Sinti und Roma unter den Nationalsozialisten, die offizielle Entschuldigung von Bundeskanzler Helmut Schmidt und Bundespräsident Karl Carstens sowie eine Wiedergutmachungsregelung für

überlebende Angehörige dieser Minderheit, auch die Wiedereinbürgerung von deutschen Sinti und Roma aus dem früheren Ostdeutschland, denen man die Staatsangehörigkeit genommen hatte, waren Anfang der 80-er Jahre Höhepunkte dieser Menschenrechtskampagne. Heute vertreten die Sinti und Roma in Deutschland ihre Interessen mit dem Zentralrat deutscher Sinti und Roma selbst.

Darfur ist das Biafra von heute

Das Engagement der GfbV ähnelt nicht selten dem Kampf von David gegen Goliath. Resigniert hat sie deswegen jedoch nie. Mit beharrlichem Durchhaltevermögen weist sie seit Jahrzehnten auf die Verfolgung von Tibetern, Uiguren oder Falun-Gong-Anhängern hin, klärt Politiker und Wirtschaftsunternehmen über alle Facetten der Verfolgung in China auf. Im Olympia-Jahr 2008 fühlte sich das Regime in Peking offensichtlich so bloß gestellt, dass es den Zugang zur Homepage der GfbV, auf der alle Fakten veröffentlicht wurden, blockierte.

In den kommenden Monaten wird die GfbV ihren Einsatz gegen den seit 2003 andauernden Genozid im Westen des Sudan intensivieren. „Darfur ist das Biafra von heute - mit dem Unterschied, dass Mitgefühl heutzutage an den ewig gleichen Schreckensnachrichten abgestumpft ist und viel schwerer zu wecken ist als damals“, sagt GfbV-Gründer Tilman Zülch. Die Verpflichtung der Politiker, bedrohten Menschen zu Hilfe zu kommen, sei dadurch jedoch nicht geringer geworden. Die GfbV wird nicht müde werden, sie daran zu gemahnen.

„Auf keinem Auge blind“

„Auf keinem Auge blind“ ist seit 1968 Leitlinie der Gesellschaft für bedrohte Völker. Für sie sind Verfolgung, Vernichtung und Vertreibung, die Einrichtung von Konzentrations- und Vergewaltigungslagern immer und überall ein Verbrechen - in der Vergangenheit wie in der Gegenwart. Zurückliegendes Leid können wir nicht ungeschehen machen. Wir können jedoch dazu beitragen heutige Verbrechen zu beenden. Das hat Charlotte Knobloch auf einer von der GfbV mitorganisierten Kundgebung für Darfur WANN vor dem Holocaustdenkmal deutlich ausgesprochen: „Sie alle wissen, dass ich immer betone, wie wichtig es ist, die Erinnerung an die Vergangenheit wach zu halten. Sie alle wissen aber auch, dass diese Forderung oftmals auf Abneigung und Missfallen stößt und beinahe abfällig von „Vergangenheitsbewältigung“ gesprochen wird. Ich möchte heute darauf hinweisen, dass wir die Gegenwart – nicht nur die Vergangenheit – zu bewältigen haben. Die Geschichte können wir nicht umschreiben. Aber unsere Gegenwart können wir aktiv gestalten. Wir sollten dies im Bewusstsein schrecklicher Verbrechen tun, die auch deshalb möglich waren, weil zu viele Menschen einfach nur zugeschaut haben. Die Vergangenheit – meine Damen und Herren – hat uns ein sehr präzises Vermächtnis hinterlassen. Es lautet: Nicht noch einmal, Nie wieder.“ (ig)